

Regierungsratsbeschluss

vom 25. August 2026

Nr. 2026/1483

**Vernehmlassung zu 21.464 s Pa. Iv. Zopfi. Anpassung von Artikel 276 StGB und Artikel 98 MStG an die heutige Realität zur Stärkung der Meinungsäusserungsfreiheit;
Schreiben an die Kommission für Rechtsfragen des Ständerates**

1. Erwägungen

Die Staatskanzlei unterbreitet dem Regierungsrat das Schreiben an die Kommission für Rechtsfragen des Ständerates betreffend «Vernehmlassung zu 21.464 s Pa. Iv. Zopfi. Anpassung von Artikel 276 StGB und Artikel 98 MStG an die heutige Realität zur Stärkung der Meinungsäusserungsfreiheit» zur Beratung und Beschlussfassung.

2. Beschluss

Auf Antrag der Staatskanzlei wird das Schreiben an die Kommission für Rechtsfragen des Ständerates betreffend «Vernehmlassung zu 21.464 s Pa. Iv. Zopfi. Anpassung von Artikel 276 StGB und Artikel 98 MStG an die heutige Realität zur Stärkung der Meinungsäusserungsfreiheit» beschlossen.



Yves Derendinger
Staatsschreiber

Beilage

Schreiben an die Kommission für Rechtsfragen des Ständerates vom 25. August 2026

Verteiler

Staatskanzlei, Legistik und Justiz (3)
Volkswirtschaftsdepartement
Eidgenössische Parlamentsmitglieder (8)